

Bildung ist ein Menschenrecht

Hochschulbildung Geflüchtete brauchen leichteren Zugang zu Universitäten und Fachhochschulen, damit sie ihr Potenzial verwirklichen können. Auch Gesellschaft und Wirtschaft würden davon profitieren.

TEXT **SIMON JÄGGI** ILLUSTRATIONEN **NIELS BLÄSI**

Der 23. September 2021 war ein Tag, auf den Fatemeh* lange gewartet hatte. Vor vier Jahren verliess sie ihre Heimatstadt Teheran und flüchtete aus politischen Gründen in die Schweiz. Im Iran hatte sie an der Universität ein Grundstudium als Juristin abgeschlossen und arbeitete als Praktikantin in einer Kanzlei. In der Schweiz suchte sie Schutz und hoffte, hier weiterstudieren zu können. Drei Jahre vergingen, die sie zum grössten Teil in Asylunterkünften verbrachte. Sie hoffte auf einen positiven Entscheid, auf Zugang zu einer Universität, darauf, dass endlich ihr neues Leben beginne.

Immer wieder war sie der Verzweiflung nahe. Die Behörden lehnten ihr Asylgesuch zunächst ab, und die Zulassungsbedingungen für die Universität erschienen unerreichbar hoch. «Aber ich bin eine Kämpferin», sagt Fatemeh. So erstritt sie sich schliesslich auch ihren Weg zum Studium. Am 23. September betrat sie erstmals als eingeschriebene Studentin den Vorlesungssaal der Rechtswissenschaften an der Universität Zürich.

Bildung ist ein Menschenrecht, doch der Weg an die Hochschulen ist für Geflüchtete voller Hürden. Vielen, die in ihrer Heimat ein Reifezeugnis erlangt oder bereits ein Studium abgeschlossen haben, bleibt in der Schweiz der Weg an eine Hochschule definitiv versperrt. Das Problem rückte nach dem Sommer 2015 ins Bewusstsein von Politik und Institutionen. Damals befanden sich unter den Geflüchteten zahlreiche gut ausgebildete junge Menschen aus dem Nahen und Mittleren Osten. Um sie rascher in die Arbeitswelt und die Gesellschaft zu integrieren und um so ihre Abhängigkeit von der Sozialhilfe zu reduzieren, haben sich Bund und Kantone 2019 auf eine gemeinsame Integrationsagenda geeinigt. Der Zugang zu Hochschulbildung komme in der Praxis aber tendenziell zu kurz, kritisieren verschiedene Organisationen, unter anderem der Verband der Schweizer Studierendenschaften VSS. Mit dem Projekt «Perspektiven – Studium» setzt sich dieser seit mehreren Jahren dafür ein, die Hürden für Geflüchtete an Hochschulen abzubauen. «Aktuelle Zahlen aus Deutschland zeigen, dass mehr als die Hälfte der Geflüchteten aus Ländern wie der Türkei oder dem Iran ein Reifezeugnis oder einen Hochschulabschluss mitbringen. Das widerspiegelt sich auch in den Anfragen, die wir erhalten», sagt Marina Bressan, Projektverantwortliche beim VSS. «Es ist wichtig, dass diese Menschen ihr Potenzial in ihrer neuen Heimat einbringen können. Für sie persönlich wie für die Gesellschaft insgesamt.»

Es sind insbesondere zwei Dinge, die Menschen aus anderen Ländern den Zugang zum Studium versperren.

Diplome und Zeugnisse, welche sie in ihren Herkunftsländern erworben haben, werden von den Hochschulen in der Schweiz oft nicht anerkannt. Der Grund dafür ist häufig, dass die Ausbildungsstätten in den Herkunftsländern nicht gemäss internationalen Standards zertifiziert sind. Und dann sind da die sprachlichen Anforderungen: Die meisten Hochschulen verlangen von Studierenden weit fortgeschrittene Deutschkenntnisse, im Normalfall Niveau C1. Die Kantone bieten für Asylsuchende jedoch meistens nur grundlegende Deutschkurse an.

«Die Integrationsdienste sind sehr selten bereit, weiterführende Sprachkurse zu bezahlen», sagt Marina Bressan. Es fehle zudem an Beratungsangeboten über Weiterbildungs- und Studienmöglichkeiten. «Die allermeisten Kantone und Gemeinden verstehen Integration als Zugang zum Arbeitsmarkt. Sie wollen, dass die geflüchteten Menschen möglichst rasch eigenes Geld verdienen.» Je rascher sich Asylsuchende von der Sozialhilfe abnabeln, desto günstiger für die Gemeinden. Wer nach seiner Ankunft in der Schweiz zuerst noch ein Studium absolviert, kostet mehr.

Sprache als Sprungbrett

Das ist kurzfristig gedacht: Auf lange Sicht zahlen Absolvent*innen einer höheren Ausbildung mehr Steuern und sind im Laufe ihres Lebens weniger oft auf staatliche Unterstützung angewiesen. «Zudem besteht ein Recht auf Bildung. Menschen dürfen dabei nicht aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert werden.» Deshalb, so eine weitere Forderung des VSS, sollten Hochschulen Einzelfälle genauer prüfen. «Es steht ihnen immer frei, Personen «sur dossier» aufzunehmen», sagt Marina Bressan. Das heisst, sie können Menschen aufnehmen, welche die formalen Anforderungen nicht erfüllen, aber auf anderem Weg ihre Kompetenzen nachweisen können, beispielsweise durch Fachprüfungen. Von dieser Möglichkeit machten die Hochschulen aber noch zu selten Gebrauch.

Im Fall von Fatemeh kam zum starken Willen auch ein wenig Glück hinzu. «Ich merkte bald, dass ich nur Anschluss finde, wenn ich rasch die Sprache lerne», sagt sie. Sie investierte viel Zeit in den Selbstunterricht, an den Wochenenden besuchte sie eine reformierte Kirche. Eine Bekannte brachte sie in Kontakt mit einer Professorin an der Universität Zürich. Die beiden Frauen freundeneten sich an. Schliesslich bot die Professorin Fatemeh an, bei ihrer Familie einzuziehen. Die junge Frau zögerte kurz, dann packte sie in der Asylunterkunft ihre Tasche zusammen und machte sich auf den Weg in ihr neues Daheim. Ihre

Gastfamilie unterstützte sie fortan, so gut sie konnte. Sie erklärte ihr die Zulassungskriterien an der Universität und erzählte ihr vom Schnupperstudium, das die Universität Zürich anbietet. Zwei weitere Familien finanzierten ihr die Sprachkurse bis zum geforderten Niveau. «Die Behörden waren nicht bereit, die Kurse zu bezahlen», sagt Fatemeh. Die Empörung ist ihr anzuhören. Fast alle Geflüchteten, die in der Schweiz studieren wollen, stossen auf dieses Hindernis. Doch nur wenige können auf private Geldgeber hoffen.

Pilotprojekt an der Universität Zürich

Inzwischen ist sich auch swissuniversities, die Rektorenkonferenz der Schweizerischen Hochschulen, der Herausforderung bewusst. Dort arbeitet Clemens Tuor daran, den Austausch zwischen den Hochschulen zu verbessern. Es sei in den vergangenen Jahren viel Bewegung in das Thema gekommen, sagt er. «Der Impuls dafür kam an vielen Hochschulen auch von Studierenden, die sich für die Anliegen von Geflüchteten einsetzten.» Aus Sicht der Hochschulen bestehen formale Kriterien für eine Zulassung, deren Anpassung für eine bestimmte Zielgruppe zuerst eine eingehende Prüfung benötigt. Zurzeit prüft das Staatssekretariat für Migration bereits mit verschiedenen Hochschulen, wo diese ihre Sprachanforderungen senken können.

Die Hochschullandschaft in der Schweiz ist stark föderalistisch gestaltet, was den Hochschulen eine grosse Autonomie gibt. Gleichzeitig bedeutet das auch, dass sich jede Hochschule in dieser Thematik mit spezifischen Herausforderungen konfrontiert sieht. swissuniversities hat drei Ebenen identifiziert, auf denen mehr Koordination nötig sei: Erstens müsse das Potenzial der Asylsuchenden besser abgeklärt werden. So könnten mögliche Studienanwärter*innen proaktiv über ihre Möglichkeiten informiert und sprachlich gezielt gefördert werden. Zweitens brauche es einen stärkeren Austausch zwischen den Hochschulen zu den Zulassungskriterien und eine Diskussion der «best practices» – von Vorgehensweisen, die sich in der Praxis bereits bewährt haben. Die dritte Ebene bestehe darin, so Tuor, zu schauen, ob und welche Unterstützung die Studierenden brauchen, damit sie ihr Studium zu Ende führen können. «Das können finanzielle Ressourcen sein, aber auch Hilfe bei organisatorischen Fragen oder in der Alltagsplanung.» Auch auf politischer Ebene tut sich etwas: So hat die SP-Nationalrätin Sandra Locher Benguelrel zuletzt zwei Interpellationen eingereicht, welche die Sprachförderung von Geflüchteten zum Thema haben und einen Ausbau des Angebots fordern.

Die Hochschulen selber gehen das Thema unterschiedlich an. Einige haben den Handlungsbedarf erkannt und entsprechende Projekte lanciert. In der Deutschschweiz ist die Universität Zürich mit ihren Bemühungen am weitesten fortgeschritten. Dort begann mit dem Herbstsemester das dreijährige Pilotprojekt «START! Studium – Integrationsvorkurs an der UZH». Dieses bietet Geflüchteten einen einjährigen Hochschul-Vorbereitungskurs an, die sprachlichen Anforderungen sind tiefer angesetzt als für ein reguläres Studium. Sara Elmer ist Lei-



terin des Projekts. «Mit START! wollen wir interessierten Personen einen ersten Einblick in den Studienalltag ermöglichen und sie dabei unterstützen, die Hürden auf dem Weg zur Hochschule zu überwinden.» Im Integrationsvorkurs können Geflüchtete in den verschiedenen Fachbereichen Vorlesungen besuchen, individuelle Beratung in Anspruch nehmen und Sprachkurse in Deutsch und Englisch sowie IT-Kurse besuchen. Alles kostenlos.

Punkte sammeln im Schnupperprogramm

Ein ähnliches Angebot bietet die Universität Genf bereits seit einigen Jahren an. 2016 wurde dort das Programm «Horizon Académique» lanciert. Auch dieses eröffnet Geflüchteten einen niederschweligen Zugang zu einem Schnupperprogramm. In diesem können Studieninteressierte bereits ECTS-Punkte sammeln und diese gegebenenfalls auch bei einem späteren Regelstudium anrechnen lassen. Nach vier Jahren ist das Programm bereits ein grosser Erfolg. In dieser Zeit besuchten rund 400 Geflüchtete das Einführungsjahr, knapp 40 Prozent konnten danach ihr Studium fortsetzen. An der Universität Zürich wird zurzeit noch geprüft, ob die Studierenden im Integrationsvorkurs Punkte sammeln und diese dann später anrechnen lassen können.

Für Fatemeh fühlte sich der Schritt in den Vorlesungssaal an wie eine Befreiung. «Nach mehr als drei Jahren Warten und Ungewissheit habe ich das Gefühl, dass es in meinem Leben endlich wieder vorwärts geht.» Doch alle



Aufgezeichnet

«Ich immatrikulierte mich als Gaststudent»

FOTO: RUBEN HOLLINGER



Der 32-jährige Afghane **Asadullah Adib** möchte seinen akademischen Weg in der Schweiz weitergehen. Unterstützt vom Verband der Schweizer Studierendenschaften VSS und von Stiftungen kommt er in kleinen Schritten weiter.

«Es sind sechs Jahre her, seit ich in die Schweiz gekommen bin. In Kabul habe ich ein Bachelordiplom in Geografie gemacht. Am liebsten würde ich in der Schweiz einen Master in Geowissenschaften und Kartografie an der ETH machen. Bisher war das aber nicht möglich. Mein Bachelordiplom haben die Behörden inzwischen anerkannt, das war aber ein sehr langer und komplizierter Weg. Ich hatte keine Ahnung, wie ich dabei vorgehen soll und wo ich mich melden muss.

Ich lebte zuerst in einem kleinen Dorf beim Brienzersee. Es war von Anfang an mein Ziel, dass ich hier mein Studium fortsetzen kann. Im Asylheim bekam ich dafür keine Hilfe, niemand wusste etwas. Zuerst brauchte ich eine Aufenthaltsbewilligung, mein Asylgesuch wurde gutgeheissen. Nach zwei Jahren zog ich dann in eine Asylunterkunft in Bern. Dort immatrikulierte ich mich als Gaststudent an der Universität und fand auch weitere Informationen zum Studium in der Schweiz. Die Behörden finanzierten meinen Deutschkurs bis zum Niveau B1, die ETH verlangt aber ein C1. Ich habe dann Stiftungen gefunden, die mir im vergangenen Jahr einen weiteren Deutschkurs bezahlt haben. Doch ich habe immer noch kein Niveau C1.

Ich mache jetzt ein Praktikum bei Swisstopo, dem Bundesamt für Landestopografie. So lerne ich zusätzlich besser Deutsch. Geld verdiene ich dabei aber keines. Ich wohne mit einem Freund aus Afghanistan in einer kleinen Wohnung etwas ausserhalb von Bern und lebe von der Sozialhilfe. 650 Franken pro Monat, das reicht gerade für das Nötigste. Deshalb bin ich immer noch auf der Suche nach einer Stiftung, die mir einen weiteren Deutschkurs bezahlt. Ein Kurs kostet 590 Franken, selber kann ich das leider unmöglich bezahlen. Als Nächstes möchte ich eine Arbeit finden, auch um meine Familie in Afghanistan zu unterstützen. Durch die Machtergreifung der Taliban haben sie ihre Jobs verloren. Sie möchten das Land verlassen, es gibt aber keinen sicheren Weg raus für sie. Wenn ich meinen Deutschkurs nicht finanzieren kann und die Anforderungen für die ETH nicht erfülle, bewerbe ich mich in einem Jahr für ein Studium an der Universität Bern. Dort sind die sprachlichen Anforderungen etwas tiefer. Ich hoffe, dass ich dann auf diesem Weg einen Master in Geografie abschliessen kann.»

Aufgezeichnet von **SIMON JÄGGI**

Probleme sind noch nicht gelöst. Wie Fatemeh ihr Studium finanzieren wird, bleibt ungewiss. Vor wenigen Wochen hat der Bund ihr Asylgesuch endlich gutgeheissen. Damit hätte sie nun eigentlich Anspruch auf Sozialhilfe. Doch diese unterstützt in der Regel keine Zweitausbildung. Somit erhält Fatemeh seit Studienbeginn keinerlei staatliche Hilfe mehr. «Ich finde das unverständlich», sagt sie. Fatemeh fühlt sich im Stich gelassen von den Behörden. Für die Bücher musste sie bei einer Kollegin Geld ausleihen, die Studiengebühren hat eine christliche Hilfsorganisation bezahlt. Vorerst kann sie weiterhin bei ihrer Gastfamilie leben, langfristig ist das allerdings keine Lösung. Damit sie ihr Studium und die Alltagskosten finanzieren kann, arbeitet sie seit Kurzem an zwei Tagen in der Woche in einem Restaurant. «Ich verbringe sehr viel Zeit mit Arbeiten, die ich eigentlich fürs Lernen brauche.» Geld verdienen, Rechtswissenschaften studieren, Deutschkurse besuchen – wie lange sie dieses strenge Programm durchhalten kann, weiss Fatemeh nicht. «Am liebsten möchte ich mich voll auf mein Studium konzentrieren, so wie meine Mitstudierenden auch.»

* Name geändert



Hintergründe im Podcast:

Simon Berginz im Gespräch mit Simon Jäggi über die Hintergründe seiner Recherche. surprise.ngo/talk